

Herausforderung Nachhaltigkeit: sozial-ökologische Orientierungen für die Entwicklung ländlicher Räume

Mölders, Tanja; Burandt, Annemarie; Szumelda, Anna

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mölders, T., Burandt, A., & Szumelda, A. (2012). Herausforderung Nachhaltigkeit: sozial-ökologische Orientierungen für die Entwicklung ländlicher Räume. *Europa Regional*, 18.2010(2-3), 95-106. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-314840>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Herausforderung Nachhaltigkeit. Sozial-ökologische Orientierungen für die Entwicklung ländlicher Räume

TANJA MÖLDERS, ANNEMARIE BURANDT UND ANNA SZUMELDA

Zusammenfassung

Ländliche Räume sollen sich nachhaltig entwickeln, so ist es in unterschiedlichen Fachpolitiken sowie in der Raumordnungspolitik Deutschlands festgeschrieben. Doch welche normativen Orientierungen sich über die Rede von der Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte hinaus mit einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung verbinden, bleibt mehr oder weniger unbestimmt. Entsprechend verdeckt bleiben auch Interessen- und Zielkonflikte sowie die Grenzen der auf verschiedenen Ebenen geforderten Integration. Diese Ausgangslage wird im vorliegenden Beitrag als „Herausforderung Nachhaltigkeit“ begriffen. Vor dem Hintergrund eines als „kritisch-emanzipatorisch“ bezeichneten Nachhaltigkeitsverständnisses, das in der Forschungsnachwuchsgruppe „PoNa – Politiken der Naturgestaltung“ entwickelt wurde, wird eine Analyse der Politik zur Entwicklung ländlicher Räume als Nachhaltigkeitspolitik vorgenommen. Dazu wird zunächst gezeigt, dass und wie nachhaltige Entwicklung Teil der Politiken für ländliche Räume ist. Insbesondere das Konzept einer multifunktionalen Landwirtschaft und der Ansatz einer integrierten Ländlichen Entwicklung verdeutlichen, dass die Politik für ländliche Räume unterschiedliche Ansatzpunkte für deren nachhaltige Entwicklung bereitzustellen sucht. Am Beispiel der Agrarumweltmaßnahmen wird das kritisch-emanzipatorische Nachhaltigkeitsverständnis ausblicksartig erprobt und schließlich danach gefragt, welche Herausforderungen eine konsequente Umorientierung in Richtung Nachhaltigkeit für Politik und Wissenschaft bedeuten.

Nachhaltigkeit, Integrierte Ländliche Entwicklung, Multifunktionalität, Gemeinsame Agrarpolitik, ELER-Verordnung (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes), Agrarumweltmaßnahmen

Abstract

The challenge of sustainability. Social-ecological orientations for the development of rural areas

Various sectoral policies and German regional planning policy set out that rural areas should develop sustainably. However, apart from taking ecological, economic and social aspects into account, it remains more or less vague which normative orientations may be linked to sustainable rural development. Accordingly, conflicts of interests and objectives remain vague along with the limits of integration required on different levels. In this article, the situation described is regarded to be “the challenge of sustainability”. An analysis of rural development policies is carried out against the background of a critical, emancipatory understanding of sustainability which was developed by the junior research group PoNa - Shaping Nature: Policy, Politics and Polity. In doing so, the junior research group demonstrates that and how sustainable development is a component of rural area policies. In particular, it is the concept of multifunctional agriculture and the approach of integrated rural development which may demonstrate that policymaking for rural areas provides possibilities for sustainable development options. This article uses the example of agri-environmental measures for an initial application of the critical, emancipatory understanding of sustainability. Finally the question arises which challenges are implied by a consistent reorientation towards sustainability for policymaking and scientific research.

Sustainability, integrated rural development, multifunctionality, Common Agricultural Policy, EAFRD regulation (European Agricultural Fund for Rural Development), agri-environmental measures

Nachhaltigkeit als Herausforderung für die Entwicklung ländlicher Räume

Wer sich Studien zu ländlichen Räumen und die darin abgegebenen Einschätzungen zu deren Situation und Entwick-

lungspotenzialen ansieht, stößt auf die immer gleichen Schlagworte: unterdurchschnittliches Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt, Abwanderung und Überalterung der Bevölkerung, Geschäftsaufgaben, Ausdünnung der öffentlichen Infrastruk-

tur, Extensivierung von Flächennutzungen bis hin zu Brachentwicklungen etc. (BBR 2005; GRABSKI-KIERON u. KRAJEWSKI 2007; OECD 2007; FRANZEN et al. 2008; MOSE u. NISCHWITZ 2009). Derartige Problemdiagnosen führen entweder

zu einer Abwertung ländlicher Räume insgesamt oder – und diese Tendenz überwiegt – zu Dichotomisierungen zwischen den prosperierenden ländlichen Räumen in der Nähe von Metropolregionen und den als rückständig kategorisierten peripheren ländlichen Räumen sowie der damit eng verbundenen Betonung eines Ost-West-Gefälles (BMELV 2009, S. 26f.). Im Bundesraumordnungsbericht 2005 heißt es entsprechend:

„Abgelegenheit, niedrige Bevölkerungsdichte, Abwanderungstendenzen und geringe Durchschnittseinkommen zählen somit ebenso zu typischen Merkmalen ländlicher Räume wie Suburbanisierungsdruck, zentralnahe Lage, attraktive Wohnstandorte, Entstehung neuer Wirtschaftscluster und Fremdenverkehrsgebiete“ (BBR 2005, S. 203).

Auch dieser Beitrag wird sich mit einer Herausforderung auseinandersetzen, vor der ländliche Räume stehen, die jedoch in der sozial-geographischen und politischen Debatte zum Thema ländliche Entwicklung wenig berücksichtigt wird: der Herausforderung Nachhaltigkeit. Inhaltlich bewegt sich der Beitrag auf einer abstrakteren Ebene als die eingangs zitierten Problemdiagnosen, schließt jedoch gleichzeitig an sie an, indem u.a. danach gefragt wird, welche Annahmen der Analyse von Problemen zugrunde liegen und welche alternativen Entwicklungspfade denk- und umsetzbar sind.

Mit Nachhaltigkeit oder nachhaltiger Entwicklung wird ein politisch-normativer Orientierungsrahmen bezeichnet, der vor dem Hintergrund entwicklungs- und umweltpolitischer Debatten entstanden ist und thematisch und konzeptionell auch in der Raum- und Umweltplanung aufgenommen wurde. Das Konzept Nachhaltigkeit zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass es soziale Fragen mit solchen nach der Natur- und Umweltverträglichkeit von Wirtschaftstätigkeiten verbindet und darüber die Verbindungen zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Krisen betont. Im 1987 veröffentlichten Bericht der „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“, der nach seiner Vorsitzenden, der damaligen norwegi-

schen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland, auch als „Brundtland-Bericht“ bezeichnet wird und der als wegweisend für die Nachhaltigkeitsdebatte gilt, werden diese Zusammenhänge explizit gemacht:

„Bis vor kurzem noch war die Erde lediglich der große äußere Rahmen, innerhalb dessen menschliches Handeln mit all seinen Folgen fein säuberlich nach Ländern sowie eng (Energie, Landwirtschaft, Handel) oder weit (Umwelt, Wirtschaft, Soziales) gefaßten Teilbereichen unterschieden wurde. Diese Kategorien beginnen sich zunehmend aufzulösen. In besonderem Maße gilt dies für die verschiedenen weltweiten ‚Krisen‘, die insbesondere im Verlauf des letzten Jahrzehnts in das Blickfeld der Öffentlichkeit geraten sind. Dabei handelt es sich um keine isolierten Krisen. Es gibt keine Umweltkrise, keine Entwicklungskrise und keine Energiekrise – sie sind alle Teil einer einzigen Krise“ (HAUFF 1987, S. 4).

Die Erhaltung der natürlichen und gesellschaftlichen Lebensgrundlagen ist für das Konzept Nachhaltigkeit von zentraler Bedeutung. Um diesen Erhaltungsanspruch zu erfüllen, ist die gemeinsame Betrachtung ökologischer, ökonomischer und sozialer Entwicklungen ebenso maßgeblich wie die Beteiligung unterschiedlicher Akteure an Entscheidungsprozessen sowie eine Orientierung am Gerechtigkeitspostulat: Nachhaltige Entwicklung „ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (ebd., S. 46). Mit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992 gelangte das Thema Nachhaltigkeit endgültig auf die politische Agenda und avancierte zu einem – wenn auch nicht unumstrittenen – Leitbild des 21. Jahrhunderts, das Eingang in viele Politikbereiche gefunden hat.

Im Kontext der politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit diesem Konzept und seiner inhaltlichen Ausgestaltung ist eine kaum zu über-

schauende Fülle an Literatur entstanden. Es existieren Arbeiten zur Geschichte des Begriffs der Nachhaltigkeit (vgl. beispielsweise GROBER 2010), es werden unterschiedliche disziplinäre – z.B. ökonomische, philosophische, politik- oder kulturwissenschaftliche – Perspektiven auf das Konzept angelegt und es liegen Vorschläge für die Konkretisierung und Qualifizierung von Nachhaltigkeit z.B. über Indikatoren vor (vgl. beispielsweise die Committee on Sustainable Development (CSD)-Indikatoren für nachhaltige Entwicklung (UNITED NATIONS 2007)). Recht umfangreich und differenziert ist mittlerweile auch die Kritik am Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Selbst von solchen Personen, die der oben beschriebenen Ausrichtung auf Nachhaltigkeit grundsätzlich zustimmen, wird beklagt, dass das Konzept eher eine „Leerformel“ als eine Leitidee darstelle, da es zu unbestimmt sei:

„Das zentrale Problem des Nachhaltigkeitskonzeptes liegt in seiner begrifflichen Unschärfe. Gerade weil es einen breiten internationalen Konsens im politischen Kontext absichern muss, ist es in seinem inhaltlichen Kern unbestimmt gehalten. Damit öffnet es den Raum für eine Vielzahl von möglichen Interpretationen, die letztendlich zu unterschiedlich ausfallen, um ein klar definiertes normatives Fundament für die Umweltforschung bilden zu können“ (HUNECKE 2006, S. 30).

Es ist diese von HUNECKE (ebd.) als „Problem des Nachhaltigkeitskonzeptes“ beschriebene Unbestimmtheit und Mehrdeutigkeit, an die der vorliegende Beitrag anknüpft, indem Nachhaltigkeit als Herausforderung begriffen wird. Denn tatsächlich stellt sich die Herausforderung, die sich mit der Rede von Nachhaltigkeit verbindet, nicht erst bei der Umsetzung eines anspruchsvollen Konzeptes, sondern bereits dann, wenn es darum geht, diese Ansprüche zu formulieren. Im Hinblick auf die Entwicklung ländlicher Räume ließe sich beispielsweise danach fragen, welche Entwicklungen (z.B. sozialer, ökonomischer oder landwirtschaftlicher Strukturwandel, Grenzverschiebungen bzw. -verwi-

schungen zwischen Stadt und Land) sich anhand welcher Kriterien als (nicht) nachhaltig qualifizieren lassen. Ebenfalls ließe sich fragen, welche Verständnisse in Bezug auf Natur und Gesellschaft für eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume weiterführend erscheinen (z.B. Wirtschaftsformen, bei denen die Gestaltung von Natur mit ihrer Erhaltung verbunden wird) und wie sich solche Verständnisse zu anderen denk- und handlungsleitenden Maßgaben wie der Forderung nach Wirtschaftswachstum und Effizienzsteigerung verhalten.

Um diese Fragen zu beantworten wird – in Anlehnung an BRAND et al. (2002, S. 92) – Nachhaltigkeit als kontrovers diskutiertes Diskursfeld begriffen. Verschiedene, mit unterschiedlicher Definitionsmacht ausgestattete Akteure kämpfen um die Durchsetzung ihrer spezifischen Deutung von Nachhaltigkeit und der damit verbundenen Handlungsstrategien. Dabei treffen unterschiedliche Welt-, Menschen- und Naturbilder, unterschiedliche Interessen und unterschiedliche Modelle einer „guten Gesellschaft“ aufeinander, die es im Konkreten, d.h. angepasst an die jeweiligen besonderen (Lebens-)Bedingungen, Akteure und Strukturen, auszuhandeln gilt (FORSCHUNGSVERBUND „BLOCKIERTER WANDEL?“ 2007, S. 85f.).

Im vorliegenden Beitrag wird eine Lesart von Nachhaltigkeit angeboten, die im Rahmen der Forschungsnachwuchsgruppe „PoNa – Politiken der Naturgestaltung. Ländliche Entwicklung und Agro-Gentechnik zwischen Kritik und Vision“ (s. Kasten) erarbeitet wurde (FRIEDRICH et al. 2010). Im gemeinsamen Forschungsprozess erfüllt dieses Nachhaltigkeitsverständnis drei Funktionen: Erstens die Funktion einer inhaltlichen und normativen Orientierung, indem es das Zielwissen der Forschungsnachwuchsgruppe offen legt, zweitens eine methodische und analytische Funktion, indem über die Formulierung von Kategorien und Subkategorien ein Analyseraster entsteht, das die themenbezogene Forschung anleitet sowie drittens eine inte-

Die Forschungsnachwuchsgruppe PoNa

Die interdisziplinäre Forschungsnachwuchsgruppe „PoNa – Politiken der Naturgestaltung“ arbeitet seit November 2009 zusammen und wird im Rahmen des Förderschwerpunktes „Sozial-ökologische Forschung“ (SÖF) vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Sie beschäftigt sich mit der Frage, wie Natur bzw. die vielfältigen und wechselseitigen Beziehungen zwischen Natur und Gesellschaft durch Politik gestaltet werden. Ausgehend vom Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse geht es der Forschungsnachwuchsgruppe darum, sozial-ökologische Krisen zu verstehen und Transformationswissen für eine nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten. Ziel von PoNa ist es, Inhalte, Strukturen und Prozesse zu beschreiben, die für eine nachhaltige Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse geeignet sind. PoNa analysiert exemplarisch die beiden Politikfelder Ländliche Entwicklung und Agro-Gentechnik und führt dazu empirische Untersuchungen in Deutschland und Polen durch.

www.pona.eu

grative Funktion zur Verständigung über Begriffe, Konzepte und Theorien im interdisziplinären Arbeitszusammenhang.

Im Folgenden wird an die erste und zweite Funktion des PoNa-Nachhaltigkeitsverständnisses angeknüpft, d.h. es werden die inhaltlichen und normativen Orientierungen der Forschungsnachwuchsgruppe vorgestellt und auf das Politikfeld Ländliche Entwicklung angewendet. In Abschnitt 2 wird zunächst danach gefragt, wo Nachhaltigkeit als (politisches) Entwicklungsziel für ländliche Räume explizit gemacht wird und welche normativen Orientierungen mit diesem Entwicklungsziel verbunden werden. In Abschnitt 3 wird das in der Forschungsnachwuchsgruppe PoNa entwickelte Nachhaltigkeitsverständnis vorgestellt, das paradigmatisch als kritisch-emanzipatorisch klassifiziert wird und das darauf ausgerichtet ist, Widersprüche und Zielkonflikte in Politikfeldern wie der Ländlichen Entwicklung aufzudecken und alternative Entwicklungspfade aufzuzeigen. In Abschnitt 4 wird die methodische und analytische Funktion des Nachhaltigkeitsverständnisses verdeutlicht, indem es ausblicksartig auf die Agrarumweltmaßnahmen als einen Schwerpunkt der Politik für ländliche Räume angelegt wird. Die Schlussfolgerungen enthalten eine Einschätzung, inwiefern Nachhaltigkeit eine Herausforderung für Politik und Wissenschaft darstellt.

Nachhaltigkeit als Entwicklungsziel für ländliche Räume

Ländliche Räume stehen unter dem Einfluss verschiedener Politiken im politischen Mehrebenensystem: auf internationaler Ebene z.B. des Handelsregimes der WTO, auf europäischer Ebene z.B. der Regional- und Agrarpolitik der EU sowie deren Umsetzung auf nationaler und regionaler Ebene. Von den verschiedenen fachpolitischen Sektoralansätzen wie beispielsweise Siedlungsstrukturpolitik, Wirtschaftspolitik, Fremdenverkehrs- und Freizeitpolitik ist die Agrarpolitik für die Entwicklung ländlicher Räume von besonderer Bedeutung (vgl. beispielsweise KIRSCHKE u. WEBER 2005; MONDELAERS 2005; GRABSKI-KIERON u. KRAJEWSKI 2007).

In Deutschland sind ländliche Räume zugleich eine Kategorie der Raumordnung, die darauf ausgerichtet ist, die raumwirksamen Fachplanungen und -politiken zu koordinieren (HENKEL 2005, S. 275ff.; SINZ 2005). Sowohl in den unterschiedlichen Fachpolitiken wie auch in der auf deren Koordination ausgerichteten Raumordnungspolitik ist Nachhaltigkeit als Leitbild verankert und wird so zu einem Entwicklungsziel für ländliche Räume. Eine nachhaltige Raumentwicklung ist seit 1998 als Leitvorstellung der Raumordnung im Bundesraumordnungsgesetz (ROG) festgeschrieben (SPEHL 2005, S. 683). Gemeint ist eine Entwicklung von Räumen, die „[...] die sozialen und wirt-

schaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen führt“ (ROG, § 1, Abs. 2).

In den Grundsätzen der Raumordnung wird im ROG explizit Bezug auf ländliche Räume genommen:

„Ländliche Räume sind unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen und natürlichen Entwicklungspotenziale als Lebens- und Wirtschaftsräume mit eigenständiger Bedeutung zu erhalten und zu entwickeln; dazu gehört auch die Umwelt- und Erholungsfunktion ländlicher Räume. Es sind die räumlichen Voraussetzungen für die Land- und Forstwirtschaft in ihrer Bedeutung für die Nahrungs- und Rohstoffproduktion zu erhalten oder zu schaffen“ (ebd., § 2, Abs. 2, Nr. 4).

Ausgehend von dem einleitend formulierten Problemverständnis der „Herausforderung Nachhaltigkeit“ stellen sich für die Entwicklung ländlicher Räume u.a. folgende Fragen: Welche konkreten normativen Orientierungen werden mit der Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte als Nachhaltigkeitsdimensionen verbunden? Wie werden diese normativen Orientierungen im Rahmen unterschiedlicher Fachpolitiken programmatisch und konzeptionell aufgenommen? Welche Interessen- und Zielkonflikte können sich daraus für die Entwicklung ländlicher Räume ergeben?

Die europäische Agrarpolitik als Politik für die (nachhaltige) Entwicklung ländlicher Räume

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) ist für die Entwicklung ländlicher Räume traditionsgemäß von zentraler Bedeutung. Ausgehend von vor allem durch landwirtschaftliche Nutzungen geprägten ländlichen Räumen hat sich diese sektorale Zuständigkeit bis heute erhalten, auch wenn die Landwirtschaft in Deutschland mit einer Bruttowertschöpfung von 2,9 Prozent und einem Beschäftigungsanteil von 4,7 Prozent nur eine geringe und weiter abnehmende wirtschaft-

liche Rolle spielt (OECD 2007, S. 15).

Mit der Regionalpolitik und der Agrarpolitik setzt die EU maßgebliche Rahmenbedingungen für den Agrarsektor und die ländliche Entwicklung, die von den Mitgliedstaaten entsprechend umgesetzt werden. In den 1960er und 1970er Jahren wurden von der EU (bis 1967 EWG, bis 1993 EG) Strukturfonds eingerichtet, um ärmere, strukturschwächere Regionen zu stärken und eine Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU zu unterstützen. „Aber erst mit einer Reform der Strukturfonds 1988 erhielt die EU-Regionalpolitik einen anspruchsvollen Rahmen, erstmals kann auch von einer Politik für den ländlichen Raum gesprochen werden“ (NÖLTING 2006, S. 12). In den 1990er Jahren verstärkte sich die Diskussion über eine Neukonzeption der Politik für ländliche Entwicklung in der EU. Gefordert wurde eine Abkehr von sektoralen Politiken hin zu raumbezogenen, d.h. integrierten Politikansätzen, die den multifunktionalen Charakter ländlicher Räume anerkennen und fördern (MOSE u. NISCHWITZ 2009; MOSE 2010).

Diese Um- und Neuorientierung spiegelt sich in den entsprechenden agrarpolitischen Erklärungen und Dokumenten wider. Mit der „Erklärung von Cork“ von 1996 (EUROPÄISCHE KOMMISSION 1996) wurde der Grundstein für eine Integrierte Ländliche Entwicklung gelegt und mit dem Ziel einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung verbunden (ebd.). Einen weiteren Meilenstein der europäischen Politik für ländliche Räume stellt die im März 1999 verabschiedete „Agenda 2000“ dar. Mit dieser Reform begann der Prozess, ländliche Entwicklung von einem segmentierten zu einem eigenständigen Politikbereich, bestehend aus Agrarstruktur- und Agrarumweltpolitik, zu entwickeln (WEINGART 2009, S. 94). Im Agenda-2000-Paket wurde festgehalten, dass eine gemeinsame Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume die anderen Instrumente der GAP flankieren und ergänzen soll. Als zweite Säule steht sie seitdem der ersten Säule der

GAP (gemeinsame Marktordnungen) gegenüber. Das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung wurde sowohl in den Strukturfonds als auch in der „Verordnung ländlicher Raum“ (VERORDNUNG (EG) Nr. 1257/1999) verankert und wurde somit für die Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume bedeutsam (ebd.; NÖLTING 2006, S. 16).

Für die aktuelle Förderperiode 2007-2013 hat die EU ihre Regional- und Agrarpolitik erneut umstrukturiert. Als Instrumente der Regionalpolitik wurden der Kohäsionsfonds, der Europäische Sozialfonds und der Europäische Fonds für regionale Entwicklung geschaffen. Für die Finanzierung der Agrarpolitik wurden zwei Fonds eingerichtet – der Europäische Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) „zur Finanzierung der Marktmaßnahmen und anderer Maßnahmen“ der ersten Säule und der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) „zur Finanzierung der Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum“ der zweiten Säule (VERORDNUNG (EG) Nr. 1698/2005, Erwägungsgrund 1). In der zum ELER zugehörigen ELER-Verordnung (ELER-VO) werden alle Maßnahmen der zweiten Säule in einem einzigen Programmplanungs- und Finanzierungsinstrument für die ländliche Entwicklung zusammengeführt und die Politik für ländliche Räume formal getrennt von der Regionalpolitik der EU konzipiert und umgesetzt. Dabei dient Nachhaltigkeit als Bezugspunkt für die Qualifizierung der strategischen und programmatischen Ausrichtung innerhalb der ELER-VO: „Um die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums zu gewährleisten, sollte sich die Förderung auf einige wenige Kernziele auf Gemeinschaftsebene konzentrieren“ (ebd., Erwägungsgrund 11). Diese Kernziele sind in der ELER-VO in vier Schwerpunkte gegliedert und umfassen (1) Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Land- und Forstwirtschaft, (2) Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt und der Landschaft, (3) Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum

und zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft (4) das LEADER-Konzept als methodischen Zugang, der quer zu den ersten drei Schwerpunkten liegt. Um finanzielle Fördermittel aus dem ELER zu erhalten, wird in den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten zunächst ein nationaler Strategieplan für die Entwicklung ländlicher Räume entwickelt. Auf diesem Strategieplan beruhend wird anschließend ein nationales Entwicklungsprogramm für die ländlichen Räume erstellt (ebd., Erwägungsgrund 9). In den Entwicklungsprogrammen sind Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung, die in den jeweiligen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden sollen, den vier oben genannten Schwerpunkten zugeordnet und detailliert aufgeführt.

Die durch die ELER-VO festgeschriebene Politik für die ländlichen Räume der EU orientiert sich an den politischen Prioritäten der Gemeinschaft „Wettbewerbsfähigkeit“ und „nachhaltige Entwicklung“. Im ersten Erwägungsgrund der ELER-Verordnung heißt es entsprechend:

„Diese Politik sollte auch den im Vertrag [von Lissabon] festgehaltenen allgemeinen Zielen der Politik zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts Rechnung tragen sowie zu ihrer Verwirklichung beitragen, und darüber hinaus sollten weitere politische Prioritäten einbezogen werden, die der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen der Tagungen in Lissabon und Göteborg zur Wettbewerbsfähigkeit und zur nachhaltigen Entwicklung formuliert hat“ (VERORDNUNG (EG) Nr. 1698/2005, (Erwägungsgrund 1)).

Damit wird Bezug genommen auf zwei EU-Strategien, in denen davon ausgegangen wird, dass Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung sich integrieren lassen und sich wechselseitig stärken: Mit der Lissabon-Strategie von 2000 wird das Ziel verfolgt, Europa innerhalb von zehn Jahren zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen (EUROPÄISCHER RAT (LISSABON) 23. und 24. März 2000). In der auch als Europäische Nachhaltigkeitsstrategie bekannten Göteborg-Strategie von 2001 wird eine nachhaltige

Entwicklung für Europa gefordert (EUROPÄISCHER RAT (GÖTEBORG) 15. und 16. Juni 2001). Die hier formulierten Umweltziele gelten neben den sozialen und ökonomischen Zielen der Lissabon-Strategie als dritte Säule der Nachhaltigkeit. Somit ist nachhaltige Entwicklung als Ziel ländlicher Entwicklung explizit angelegt, wird jedoch in ihrer Rezeption erstens auf Umweltziele reduziert und zweitens vorrangig in den Dienst einer zu steigernden Wettbewerbsfähigkeit gestellt (GOTTSCHELICH 2012).

Zudem ist die Politik für ländliche Räume immer im Verhältnis zur wesentlich finanz- und lobbystärkeren ersten Säule der GAP zu sehen. Diese Politik der gemeinsamen Marktordnungen verursacht vielfach sozial-ökologische Problemlagen, die durch die Maßnahmen der zweiten Säule aufgefangen bzw. „repariert“ werden müssen (NÖLTING 2006, S. 17, 45). Indem das Budget der ersten Säule das der zweiten um ein Vielfaches übersteigt, sind Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion und Produktivismus nach wie vor dominant (BOZZINI 2011). Auch Ansätze wie Cross Compliance, ein Instrument der ersten Säule, durch welches Fördermittelzahlungen für Landwirte an die Einhaltung von Vorschriften zu Umwelt- und Tierschutz sowie Lebens- und Futtermittelsicherheit gekoppelt werden, oder die Modulation, d.h. die Kürzung von aus der ersten Säule gezahlten Betriebsprämien zugunsten der zweiten Säule, können diesem Ungleichgewicht nur bedingt entgegenwirken.

Ansätze und Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume

Die obigen Ausführungen zeigen, dass die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume ein auf der EU-Ebene verankertes (agrar-)politisches Ziel darstellt. Auch die deutsche Raumordnung, der insbesondere koordinierende Funktionen zukommen, verpflichtet sich der nachhaltigen Entwicklung von (ländlichen) Räumen.

Über diese expliziten Bezugnahmen auf das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung hinaus scheinen Ideen und Merkmale nachhaltiger Entwicklung auch in zen-

tralen Ansätzen und Konzepten ländlicher Entwicklung auf. Zu nennen sind hier insbesondere der Ansatz der integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) und das Konzept der Multifunktionalität.

Obwohl nach MOSE (2010, S. 156) bis heute eine verbindliche Definition von ILE fehlt, können sich mit Blick auf die konkrete Ausgestaltung entsprechender regionalpolitischer Handlungsansätze folgende Merkmale als Charakteristika von ILE identifizieren lassen:

- „Sektor- bzw. ressortübergreifende Handlungsansätze,
- territoriale Ausrichtung,
- Verlagerung vormals zentral angelegter politischer Entscheidungsstrukturen auf die regionale Ebene,
- Aufbau und Nutzung von Netzwerken staatlicher, privater und zivilgesellschaftlicher Akteure,
- Partizipation der betroffenen Bevölkerung,
- Implementierung geeigneter Formen der regionalen Aktivierung und Beratung sowie des Regionalmanagements“ (ebd. mit Verweis auf SHUCKSMITH 1999; MARSDEN u. BRISTOW 2000.)

Nach dem BMELV (2005, S. 8; vgl. auch RAY 2000, S. 166; GRABSKI-KIERON u. KRAJEWSKI 2007) ist ILE ein „gebietsbezogener, sektorübergreifender, partnerschaftlicher, lernender und langfristiger Ansatz“. Mit ihm wird versucht, einen Beitrag zur Regionalisierung und regionalen Selbststeuerung in Form von Regional bzw. Rural Governance zu leisten (BÖCHER et al. 2008, S. 15; MOSE 2010, S. 155; SHUCKSMITH 2010, S. 3ff.). Bereits die Gemeinschaftsinitiative der EU für die Entwicklung ländlicher Räume LEADER (seit 1991) „wurde als integrierter, endogener Ansatz für die ländliche Entwicklung konzipiert“ (OECD 2006, S. 101). Auch das Modell- und Demonstrationsvorhaben „REGIONEN AKIV – Land gestaltet Zukunft“ der Deutschen Bundesregierung wird als Ansatz einer ILE gesehen (OECD 2006, S. 105ff.; BÖCHER et al. 2008, S. 14ff.; MOSE 2010, S. 156). Aufgrund der positiven Erfahrungen wurde der Fördergrundsatz einer ILE 2004 in die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe

„Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) als dem wichtigsten Rahmen für die Politik ländlicher Räume in Deutschland aufgenommen (BMELV 2005, S. 8; 2010, S. 13ff.). Mit der Forderung nach Integration und Partizipation schließt ILE direkt an die Idee der nachhaltigen Entwicklung an – ein Zusammenhang, der sowohl explizit (z.B. EUROPÄISCHE KOMMISSION 1996) als auch implizit (z.B. BMELV 2005, S. 7) hergestellt wird (vgl. auch BÖCHER 2009; OECD 2001). Zugleich wird am ILE-Ansatz jedoch die mangelhafte Umsetzung des immer wieder eingeforderten Integrationsanspruches, der über die Vermeidung von Doppelförderung und Überschneidungen zwischen den Fonds hinausgeht, beklagt (OECD 2007; GIESSEN et al. 2008, S. 69).

Der Kerngedanke des Konzepts Multifunktionalität ist es, anzuerkennen, dass ländliche Räume nicht nur Orte der Primärproduktion sind, sondern vielfältige gesamtgesellschaftliche Funktionen erfüllen (vgl. beispielsweise OECD 2001; HUYLENBROECK u. DURAND 2003; WÜSTEMANN 2007). Zu diesen Funktionen zählen u.a. die Erhaltung von Kulturlandschaften und dörflicher Strukturen sowie die Bewahrung bäuerlicher Lebensformen und kultureller Traditionen. Für die Erzeugung dieser Non-Commodity Outputs (NCOs) (WÜSTEMANN 2007) werden die Landwirtinnen und Landwirte jedoch unzureichend entlohnt. Deshalb sollen staatliche Programme und Maßnahmen die gesellschaftlich und ökologisch wichtigen, aber nicht marktfähigen Leistungen finanziell unterstützen (FEINDT 2008, S. 77f.). Mit dem Ansatz der Multifunktionalität, der paradigmatisch für die Politik zur Entwicklung ländlicher Räume in Europa ist, wird somit der Versuch unternommen, nachhaltige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit ländlicher Räume miteinander zu verbinden (GALLARDO et al. 2003; ENRD 2010, S. 6ff.).

Es bleibt festzuhalten, dass die Politik zur Entwicklung ländlicher Räume auf unterschiedlichen Ebenen (EU bis Region) und mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen (z.B. Partizipation,

Integration, Ressourcenschutz) mit dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung verbunden ist. Die in Abschnitt 1 benannte Herausforderung, Nachhaltigkeit genauer zu bestimmen, stellt sich jedoch auch hier. Es gilt, für die jeweilige Ebene nach Prozessen, Strukturen und Inhalten nachhaltiger Entwicklung zu fragen: Wie können wo und durch wen welche Entwicklungen realisiert werden? Um die jeweils verfolgten Entwicklungsstrategien und -ziele zu bewerten, bedarf es normativer Orientierungen, die nicht nur Integrationsappelle an voneinander weitgehend getrennte sektorale Politiken formulieren sowie Synergien und Kooperationsgewinne postulieren, sondern die auch Grenzen der Integration und Kooperation (z.B. aufgrund von Machtungleichgewichten) thematisieren und Widersprüche und Zielkonflikte (z.B. zwischen Wettbewerbssteigerung und Naturerhalt) aufzeigen.

Entwurf eines kritisch-emanzipatorischen Nachhaltigkeitsverständnisses

Die Ausarbeitung der normativen Orientierung „nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume“ erfolgt in den jeweiligen Politiken nicht oder nur unzureichend. Dies hat zur Konsequenz, dass Zielkonflikte zwischen unterschiedlichen Interessen unbearbeitet und damit auch die Grenzen der geforderten Integration unsichtbar bleiben. Mit dem in der Forschungsnachwuchsgruppe PoNa entwickelten Nachhaltigkeitsverständnis wird eine Lesart nachhaltiger Entwicklung angeboten, die in Auseinandersetzung mit unterschiedlichen, als kritisch-emanzipatorisch kategorisierten Ansätzen und Konzepten entstanden ist. Damit werden jene Perspektiven im Nachhaltigkeitsdiskurs gestärkt, die jenseits der dominierenden Denk- und Handlungsmuster nach neuen Qualitäten einer nachhaltigen Gesellschaft fragen.

Theoretische Grundlagen

Das Nachhaltigkeitsverständnis der Forschungsnachwuchsgruppe PoNa ist aus einer kritisch-emanzipatorischen

Perspektive heraus entwickelt worden. Als kritisch-emanzipatorisch werden jene Ansätze, Konzepte und Theorien bezeichnet, die Kritik an bestehenden Herrschaftsverhältnissen und damit einhergehenden Einschränkungen von Lebenschancen und Entfaltungsmöglichkeiten üben und gleichzeitig Optionen für über diese Verhältnisse hinausweisende Denk- und Lebensformen entwickeln (vgl. stellvertretend für diese Emanzipationsposition WEISS 1998). Mit einer herrschaftskritischen Ausrichtung werden auch solche Positionen berücksichtigt, die dem Nachhaltigkeitsdiskurs skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen und ihn als macht- und herrschaftsblind bzw. als „Strategie modernisierter Herrschaftssicherung“ (EBLINGHAUS u. STICKLER 1996) kritisieren. Da kritisch-emanzipatorische Inhalte innerhalb des Nachhaltigkeitsdiskurses gestärkt werden sollen, erachtet die Forschungsnachwuchsgruppe die Auseinandersetzung mit Fragen nach Machtbegriffen, Machtverteilung sowie das Hinterfragen bestehender Herrschaftsordnungen als wesentlich für ihr Nachhaltigkeitsverständnis. Als weiteres Element einer kritisch-emanzipatorischen Perspektive wird die Ermöglichung von intra- und intergenerationaler Gerechtigkeit verstanden. Nachhaltige Entwicklung soll es heutigen und zukünftigen Generationen ermöglichen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen (HAUFF 1987, S. 46) und ihnen reale, nicht bloß formale Möglichkeiten für ein „gutes Leben“¹ bieten (vgl. stellvertretend NUSSBAUM 2003, 2006).

Ein solch umfassendes Gerechtigkeitspostulat kann aber nur eingelöst werden, wenn nachhaltige Entwicklung als integratives Prinzip verstanden und konzipiert wird und die vielfältigen Verflechtungen zwischen ökonomischen, ökologischen

¹ Das Konzept des Guten Lebens, wie es u.a. vom Netzwerk „Vorsorgendes Wirtschaften“ erarbeitet wurde, geht davon aus, dass Lebensqualität nicht allein durch materiellen Wohlstand erreicht wird, sondern durch vielfältige Aspekte bestimmt wird, die entsprechend den individuellen Bedürfnissen sowie den lokalen Lebensbedingungen und Alltagserfahrungen verschieden sein können (BIESECKER et al. 2000).

und sozialen Dimensionen berücksichtigt werden. Dem Brundtland-Bericht zufolge existieren die als Umwelt-, Entwicklungs- und Energiekrise bezeichneten Krisen nicht unabhängig voneinander – „sie sind alle Teil einer einzigen Krise“ (HAUFF 1987, S. 4) (s. Abschnitt 1). Die getrennte Betrachtung einzelner Dimensionen und das Nebeneinanderstellen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension werden im PoNa-Nachhaltigkeitsverständnis daher als krisenverursachend und -verstärkend und somit als einer nachhaltigen Entwicklung abträglich betrachtet. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass es notwendig ist, bestehende Trennungen aufzuzeigen und die verschiedenen Dimensionen neu aufeinander zu beziehen, sie also tatsächlich zu integrieren. Eine so verstandene Integration geht über die bislang diskutierte Politikintegration zur Entwicklung ländlicher Räume als einer sektorübergreifenden Suche nach Synergien hinaus. Vielmehr geht es darum, dass sich durch die Integration die bestehenden Dimensionen in ihrer Qualität verändern, so dass

neue Qualitäten und veränderte Kategorien entstehen. Dieses Verständnis knüpft an die Ergebnisse des FORSCHUNGSVERBUNDES „BLOCKIERTER WANDEL?“ (2007, S. 85) an. Hier wird gefordert: Nachhaltigkeit „als integratives Prinzip ernst zu nehmen bedeutet eine integrative Betrachtung anderweitig getrennter Sphären [...]. Ihre Integration erfordert, diese Dimensionen aufeinander bezogen neu zu denken, sie in ihren spezifischen Qualitäten neu zu bestimmen“.

Integrationsappelle allein, d.h. die programmatische Forderung nach der Verbindung ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte, reichen für eine solche Integration nicht aus. Vielmehr laufen sie Gefahr, Zielkonflikte z.B. zwischen ökonomischen und ökologischen Prioritäten zu überdecken. Das integrative Prinzip des PoNa-Nachhaltigkeitsverständnisses fordert deshalb u.a. das Aufeinander-Beziehen verschiedener Nachhaltigkeitsdimensionen, gesellschaftlicher Akteure und Politikbereiche. Diese Forderung macht deutlich, dass integrative Politiken voraussetzungsvoll sind, denn sie erfordern

die Reflexion von krisenverursachenden Trennungen, von Widersprüchen, Hierarchisierungen und Herrschaftsverhältnissen, die die politische Steuerung (mit-)bestimmen. Solange die unterschiedlichen Interessen, Verständnisse und Rationalitäten, die hinter z.B. ökonomisch, ökologisch oder sozial motivierten Absichten stehen, nicht hinterfragt und aufgedeckt werden, können die Zielkonflikte zwischen ihnen nicht überwunden werden.

Die Dechiffrierung und Dekonstruktion krisenverursachender Trennungen und die Erarbeitung integrativer Perspektiven als neue Bezogenheiten zwischen diesen Trennungen sowie schließlich das Infragestellen vermeintlicher Gewissheiten bilden daher weitere Merkmale des kritisch-emanzipatorischen Zugangs beim Entwurf des PoNa-Nachhaltigkeitsverständnisses.

Inhaltliche Zugänge

Das kritisch-emanzipatorische Nachhaltigkeitsverständnis wird anhand von neun Kategorien mit jeweiligen Unterkategorien sowie erkenntnis- und interpretationsleitenden Fragen



Abb. 1: Entwurf eines kritisch-emanzipatorischen Nachhaltigkeitsverständnisses

tationsleitenden Fragen konkretisiert (s. Abb. 1). Es bildet somit das Analyseraster für die themenbezogenen Forschungen im Projekt PoNa und übernimmt eine inhaltliche und normative sowie eine methodische und analytische Funktion.

Im Folgenden werden drei Kategorien des PoNa-Nachhaltigkeitsverständnisses vorgestellt, die im nächsten Abschnitt zur kursorischen Analyse von Agrarumweltmaßnahmen herangezogen werden:

Natur: Welche Positionen werden im Hinblick auf Natur und deren Verhältnis zu Gesellschaft vertreten? Wird Natur als Naturkapital oder Naturproduktivität verstanden?

Natur wird als gesellschaftliche, historisch variable Kategorie begriffen (GRANSEE 1998, S. 135; JAHN u. WEHLING 1998, S. 82). Im Fokus stehen die Verhältnisse zwischen Mensch, Gesellschaft und Natur (JAHN u. WEHLING 1998; BECKER u. JAHN 2006). Thematisiert wird, ob Natur als etwas von Gesellschaft losgelöstes betrachtet wird oder als ein von Gesellschaft in unterschiedlichen Qualitäten mit hergestelltes Produkt. Zudem wird danach gefragt, ob mit Natur als frei verfügbares Kapital oder als lebendige Natur, die selbst produktiv ist, umgegangen wird (BIESECKER u. HOFMEISTER 2009). Auch naturethische Positionierungen werden analysiert.

Ökonomie: Wird Ökonomie ausschließlich auf Marktökonomie reduziert oder wird auch die physisch-stoffliche und/oder die soziale Dimension von Wirtschaften berücksichtigt? Welcher Arbeitsbegriff wird zugrunde gelegt? Wird Lebensqualität mit ökonomischem Wachstum gleichgesetzt?

Bei dieser Kategorie wird nach unterschiedlichen Dimensionen des Wirtschaftens gefragt: der sozialen, physisch-stofflichen und monetären (BIESECKER 2000a). Es wird eine kritische Positionierung gegenüber der Eindimensionalität der herrschenden Ökonomie-, Arbeits- und Wohl-

standsverständnisse eingenommen. So wird kein enges Erwerbsarbeitskonzept, sondern ein Konzept des „Ganzen des Arbeitens“ gefordert (vgl. stellvertretend BIESECKER 2000b). Wohlstand wird nicht nur als materieller (als Güterwohlstand), sondern auch und gerade als immaterieller Wohlstand (als Zeitwohlstand, als Stärkung von Human-, Wissens- und Sachpotenzial etc.) begriffen (vgl. beispielsweise SCHÄFER et al. 2007; SCHERHORN 2002).

Reflexivität: Wird das eigene wie auch das gesellschaftliche Denken und Handeln samt seiner Folgen (gemeinsam) reflektiert?

Reflexivität ist die Fähigkeit, das eigene wie auch das gesellschaftliche Denken und Handeln samt seiner Folgen (gemeinsam) zu reflektieren. Wichtig ist dabei auch, „Gewissheiten in Frage zu stellen“ (BRAND et al. 2000, S. 164) und „Konflikte und Widersprüche anzuerkennen sowie ggf. auch konfliktiv zu bearbeiten“ (ebd., S. 162). Das Ziel von reflexiven Prozessen ist es, gemeinsame Problemverständnisse und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten wie beispielsweise die Schaffung von neuen Aushandlungsräumen und neuen Gestaltungsmöglichkeiten von verschiedensten Akteuren.

Agrarumweltmaßnahmen aus kritisch-emanzipatorischer Perspektive – ein Anwendungsbeispiel als Ausblick

Das vorgestellte kritisch-emanzipatorische Nachhaltigkeitsverständnis lässt sich auf verschiedene Konzepte, Programme oder Maßnahmen anwenden. Diese Anwendung dient der Erprobung seiner theoretischen Annahmen in der (politischen) Praxis und somit auch einer Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsverständnisses. Mit den Agrarumweltmaßnahmen wird im Folgenden ein konkreter Ansatz der Politik für ländliche Räume analysiert, der gemeinhin als Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume gewertet wird. Entsprechend sind die Agrarumweltmaßnahmen in der ELER-VO

unter den „Maßnahmen zur Förderung der nachhaltigen Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen“ aufgeführt (VERORDNUNG (EG) NR. 1698/2005, Art. 39).

Sie sind EU-weit obligatorischer Bestandteil der ländlichen Entwicklungsprogramme. Im Rahmen dieser Maßnahmen verpflichten sich Landwirtinnen und Landwirte freiwillig für einen Zeitraum von in der Regel fünf Jahren, vorher festgelegte, besonders umweltfreundliche Bewirtschaftungsverfahren und/oder umwelt- und tiergerechte Haltungsverfahren in ihrem Betrieb einzuhalten. Die damit verbundenen Auflagen müssen über die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanforderungen hinausgehen. Zum Ausgleich für die mit den besonderen Anforderungen verbundenen zusätzlichen Kosten und Einkommensverluste erhalten die Landwirtinnen und Landwirte eine Förderung (BAUER 1997).

Indem sie nicht primär der Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln dienen, sondern auf den Erhalt sowie die Wiederherstellung bestimmter Umweltqualitäten gerichtet sind, leisten Agrarumweltmaßnahmen einen Beitrag zur Multifunktionalität ländlicher Räume. Zudem handelt es sich um einen integrativen, d.h. sektorübergreifenden Ansatz mit dem versucht wird, Umwelt- und Agrarpolitik miteinander zu verbinden.

Vor dem Hintergrund des in Abschnitt 3 vorgestellten kritisch-emanzipatorischen Nachhaltigkeitsverständnisses stellt sich jedoch gerade diese Verbindung von Natur als zentralen Gegenstandsbereich der Umweltpolitik und Ökonomie als wesentlichen Gegenstandsbereich der Agrarpolitik problematisch dar:

Zunächst lässt sich in Bezug auf das Verhältnis von *Natur* und Gesellschaft konstatieren, dass Natur im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen durchaus als Teil von Gesellschaft begriffen wird. Abgesehen von den Maßnahmen zur Nutzungsaufgabe geht es in den meisten Fällen gerade darum, durch bestimmte Bewirtschaftungs- und Halteverfahren nachhaltig zu wirtschaften. Es handelt sich insofern um integrative Maßnahmen zur Verbindung von Natur schützen und Natur nutzen.

Wird jedoch *Ökonomie* als analytische Kategorie hinzugezogen, erscheint der postulierte Integrationsanspruch nicht mehr überzeugend erfüllt: Die Programmlogik ist, dass Landwirtinnen und Landwirte dafür „entschädigt“ werden, dass sie bestimmte umwelt- und tierfreundliche Verfahren der Bewirtschaftung und Haltung realisieren. Damit wird die Annahme zugrunde gelegt, dass ein solches Wirtschaften im „Normalbetrieb“, d.h. insbesondere unter den Bedingungen der aktuellen (europäischen) Agrarpolitik, wie sie durch die erste Säule festgeschrieben wird, nicht möglich ist. Das Motto „Wachsen oder Weichen“ ist und bleibt über eine zunehmende Liberalisierung und Marktorientierung der Motor agrarpolitischer Entwicklungen. In diesem Sinne kompensiert und repariert die zweite Säule nicht nur die Nachhaltigkeitsprobleme der ersten Säule, sondern erfüllt auch die Rolle des „ökologischen Feigenblatts“, indem Natur- und Umweltschutz zwar berücksichtigt werden, jedoch insgesamt von marginaler Bedeutung sind.

Diese Grundorientierung wird über die Förderung von Agrarumweltmaßnahmen weder *reflektiert* noch *revidiert*. Vielmehr, so ließe sich zugespitzt formulieren, wird dem Umwelt- und Naturschutz über die Agrarumweltmaßnahmen ein Ort zugewiesen, der auf den ersten Blick eine Integration vermuten lässt, auf den zweiten Blick jedoch deutlich macht, dass eine neue Trennung vollzogen wurde: Nicht mehr Schutz und Nutzung werden voneinander getrennt, sondern Wirtschaftsweisen, die einen schonenden Umgang mit Natur verfolgen, werden dem Mainstream der wettbewerbs- und wachstumsorientierten Landwirtschaft gegenübergestellt.

Neben dieser kritischen Interpretation, die eine Trennung von wettbewerbsfähigem und naturerhaltendem Wirtschaften als nicht nachhaltig identifiziert, öffnet die Perspektive des kritisch-emanzipatorischen Nachhaltigkeitsverständnisses auch den Blick für Potenziale in Richtung Nachhaltigkeit. So wird in der deutschen Umsetzung der ELER-VO, der Nationalen Rahmenregelung zur Entwicklung ländlicher Räume, davon gesprochen, die Leistungen,

die Landwirtinnen und Landwirte im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen erbringen, zu honorieren (BMELV 2007, S. 47f). Arbeiten zum Erhalt von Natur und Landschaft werden damit nicht wie in der ELER-Verordnung als „zusätzliche Kosten und Einkommensverluste“ (VERORDNUNG (EG) NR. 1698/2005, Art. 38, Abs. 4) disqualifiziert, sondern als gesellschaftlich erwünschte Leistungen anerkannt. Auch wenn die Kluft zwischen einer wettbewerbsorientierten und einer naturerhaltenden Landwirtschaft damit nicht überwunden wird, so zeigt sich hier doch ein Verständnis von Naturerhalt bzw. nachhaltiger Naturgestaltung als Teil landwirtschaftlicher Tätigkeit.

Nachhaltigkeit als Herausforderung für Politik und Wissenschaft – Schlussfolgerungen

Nachhaltigkeit stellt eine Herausforderung dar. Dieser Befund, der sich auf die Bestimmung dessen bezieht, was unter nachhaltiger Entwicklung jeweils von wem verstanden wird, gilt auch für die Entwicklung ländlicher Räume – auch für diese wird Nachhaltigkeit als Entwicklungsziel definiert. Nachhaltigkeitsstrategien, wie sie auf europäischer und nationaler Ebene vorliegen, bieten zwar inhaltliche Orientierungen, allerdings wird dabei von einer grundsätzlichen Integrierbarkeit unterschiedlichster Interessen und Ziele ausgegangen. Aus einer kritisch-emanzipatorischen Perspektive, wie sie in diesem Beitrag als normative Orientierung zugrunde gelegt wird, erscheint jedoch gerade diese Integration zweifelhaft. Vielmehr, so wird argumentiert, müssten Zielkonflikte zwischen z.B. Ökologie und Ökonomie benannt werden, um so mögliche Widersprüche aufzuzeigen und einen Diskurs darüber zu eröffnen, warum welche Akteure welche Entwicklungen anstreben. Die Herausforderung, Nachhaltigkeit zu bestimmen und als Vision für die Zukunft ländlicher Räume zu entwickeln, wird somit insbesondere zu einer Herausforderung für Politik und Wissenschaft sowie deren Verhältnis zueinander.

Wie im vorliegenden Beitrag gezeigt werden konnte, nehmen verschiedene Po-

litiken Einfluss auf unterschiedliche Ebenen der Entwicklung ländlicher Räume. In den Debatten um die Koordination raumwirksamer Politik wird deshalb häufig Bezug auf ländliche Räume genommen und auf die Koordinationsdefizite hingewiesen, die horizontal zwischen der Agrarpolitik, der Regionalpolitik und den einschlägigen sektorbezogenen Politiken sowie vertikal in Bezug auf die Verteilung der Zuständigkeiten und Ressourcen zwischen Bund, Ländern und Kreisen sowie deren Koordination bestehen (vgl. beispielsweise OECD 2007, S. 125ff.; GIESSEN et al. 2008, S. 69). Bei der Diskussion dieser Mängel, die zweifelsohne auch ursächlich für Blockaden einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung sein können, wird jedoch häufig vernachlässigt, dass Politik nicht nur in Bezug auf die Organisation von Prozessen, sondern auch im Hinblick auf die zu koordinierenden Inhalte herausgefordert ist. Wenn z.B. der Naturschutzpolitik ein Naturverständnis zugrunde liegt, das nicht widerspruchlos zu den Naturverständnissen anderer Politiken (z.B. Wirtschafts- oder Verkehrspolitik) steht, ergeben sich daraus zwangsläufig Grenzen der Integration. Gerade weil in ländlichen Räumen unterschiedliche (politische) Interessen aufeinanderstoßen, lassen sich hier Widersprüche und Zielkonflikte verdeutlichen. Die Art und Weise, wie die (politischen) Akteure mit diesen Widersprüchen und Zielkonflikten umgehen, ob sie sie offen legen und versuchen Lösungen auszuhandeln oder weiterhin an Integrationsappellen festhalten und für welche Entwicklungspfade sie sich letztendlich entscheiden, ist maßgeblich dafür, ob ländliche Räume sich zukünftig nachhaltig entwickeln werden. Der Einschätzung von MOSE und NISCHWITZ (2009) folgend, ist weder auf der prozeduralen noch auf der inhaltlichen Ebene eine grundlegende Um- und Neustrukturierung des Politikfeldes zu erwarten. Gleichwohl bietet gerade die Nachhaltigkeitsdebatte vielfache Anknüpfungspunkte für Fragen der Integration und – dies hat die Vorstellung des kritisch-emanzipatorischen Nachhaltigkeitsverständnisses gezeigt – die Möglichkeit, grundlegende Kategorien wie Natur oder

Ökonomie jenseits des Mainstreams zu denken. Es konnte gezeigt werden, dass mit Ansätzen wie ILE oder Multifunktionalität auch für die Politik zur Entwicklung ländlicher Räume Möglichkeiten bestehen, eine so verstandene nachhaltige Entwicklung zu realisieren (s. Abschnitt 2). Dabei besteht die Herausforderung vor allem darin, tatsächlich alternative Denk- und Handlungsmuster zu entwickeln und zu erproben und die neuen Ansätze nicht mit den bisherigen, krisenversursachenden Verständnissen und Rationalitäten zu überformen.

Eine kritische Reflexion politischer Prozesse, wie sie hier eingefordert wird, kann nicht von der Politik alleine geleistet werden. Vielmehr bedarf es einer Nachhaltigkeitsforschung, die auch politikberatend tätig ist. Politikberatung bedeutet, aus einer kritisch-emanzipatorischen Perspektive heraus bestehende (Macht-)Strukturen in Bezug auf Prozesse und Inhalte in Frage zu stellen und marginalisierte Positionen sichtbar zu machen. Eine solche, auf die politische Praxis ausgerichtete Wissenschaft bedarf einer inter- sowie transdisziplinären Ausrichtung. D.h. erstens, dass die inhaltlichen und methodischen Zugänge unterschiedlicher Disziplinen, ja Fachkulturen, miteinander verbunden werden müssen, um die komplexen Problemlagen in ländlichen Räumen beschreiben, verstehen und analysieren zu können. D.h. zweitens, dass Wissenschaft offen sein muss für die Fragen, Probleme, aber auch für die vielfältigen Lösungsansätze, die in der Praxis ländlicher Entwicklung vorliegen.

Die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume stellt eine Herausforderung dar, die bereits bei der Bestimmung des Entwicklungsziels beginnt. Wird diese Herausforderung von Politik und Wissenschaft an- und ernstgenommen, so eröffnet sie zugleich die Möglichkeit, ländliche Räume als Räume mit vielfältigen Potenzialen, Fähigkeiten und Visionen zu erkennen und zu stärken.

Literatur

BAUER, M. (Hrsg.) (1997): Resistance to new technology. Nuclear power, infor-

mation technology and biotechnology. Cambridge.

BBR, BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (Hrsg.) (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn.

BECKER, E. u. T. JAHN (2006): Krisendiskurse. In: BECKER, E. u. T. JAHN (Hrsg.): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt a. M./New York, S. 54-69.

BIESECKER, A. (2000a): Kooperative Vielfalt und das „Ganze der Arbeit“. Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff. WZB, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Paper P00504 der Querschnittsgruppe „Arbeit und Ökologie“. Berlin.

BIESECKER, A. (2000b): Arbeitsteilung und das Ganze des Wirtschaftens. Die Produktivität sozio-ökonomischer Vielfalt. In: NUTZINGER, H. G. u. M. HELD (Hrsg.): Geteilte Arbeit und ganzer Mensch. Perspektiven der Arbeitsgesellschaft. Frankfurt a. M., S. 204-225.

BIESECKER, A. u. S. HOFMEISTER (2009): Starke Nachhaltigkeit fordert eine Ökonomie der (Re)Produktivität. Der Beitrag des Schlüsselbegriffs Naturproduktivität zur Fundierung einer Theorie der Nachhaltigkeit. In: EGANKRIEGER, T. v., J. SCHULTZ, P. P. THAPA u. L. VOGET (Hrsg.): Die Greifswalder Theorie starker Nachhaltigkeit. Ausbau, Anwendung und Kritik. Marburg, S. 169-192.

BIESECKER, A., M. MATHES, S. SCHÖN u. B. SCURRELL (Hrsg.) (2000): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des guten Lebens. Bielefeld.

BMELV, BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (2005): Ländliche Entwicklung aktiv gestalten. Leitfaden zur integrierten ländlichen Entwicklung. Bonn.

BMELV, BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (2007): Nationale Rahmenregelung zur Entwicklung ländlicher Räume nach der ELER-Verordnung.

BMELV, BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAU-

CHERSCHUTZ (2009): Nationaler Strategieplan für die Entwicklung ländlicher Räume bis 2013. Berlin/Bonn.

BMELV, BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (2010): Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und Sonderrahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“: Maßnahmen des Küstenschutzes in Folge des Klimawandels (für den Zeitraum 2009-2015). Bonn.

BÖCHER, M. (2009): Faktoren für den Erfolg einer nachhaltigen und integrierten Entwicklung. In: FRIEDEL, R. u. E. A. SPINDLER (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. Chancenverbesserung durch Innovation und Traditionspflege. Wiesbaden, S. 127-138.

BÖCHER, M., M. KROTT u. S. TRÄNKNER (2008): Regional Governance und integrierte ländliche Entwicklung. In: BÖCHER, M., M. KROTT u. S. TRÄNKNER (Hrsg.): Regional Governance und integrierte ländliche Entwicklung. Ergebnisse der Begleitforschung zum Modell- und Demonstrationsvorhaben „Regionen Aktiv“. Wiesbaden, S. 11-22.

BOZZINI, E. (2011): The Common Agriculture Policy in the Climate Change era between food security and sustainability. Paper prepared for the ESA 10th Conference, Geneva 7-10 September 2011.

BRAND, K.-W., V. FÜRST, H. LANGE u. G. WARSEWA (2002): Bedingungen einer Politik für Nachhaltige Entwicklung. In: BALZER, I. u. M. WÄCHTER (Hrsg.): Sozial-ökologische Forschung. Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF-Förderschwerpunkt. München, S. 91-110.

EBLINGHAUSEN, H. u. A. STICKLER (1996): Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development. Frankfurt a. M.

ENRD, EUROPEAN NETWORK FOR RURAL DEVELOPMENT (2010): Förderung der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft in der EU: eine Kombination von Wettbewerbsfähigkeit und Multifunk-

- tionalität. In: EU-Magazin Ländlicher Raum, H. 5 DE, S. 6-11.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (1996): Erklärung von Cork – Ein dynamischer ländlicher Raum. Unter: http://ec.europa.eu/agriculture/rur/cork_de.htm (Stand: 15.12.2011).
- EUROPÄISCHER RAT (GÖTEBORG) 15. und 16. Juni 2001, Schlussfolgerungen des Vorsitzes (Göteborg Strategie).
- EUROPÄISCHER RAT (LISSABON) 23. und 24. März 2000, Schlussfolgerungen des Vorsitzes (Lissabon-Strategie).
- FEINDT, P. H. (2008): Nachhaltige Agrarpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Paradigmenwechsel. Die Bedeutung von Institutionen und politischem Prozess in der gemeinsamen Agrarpolitik. In: FEINDT, P. H., M. GOTTSCHICK, T. MÖLDERS, F. MÜLLER, R. SODTKE u. S. WEILAND (Hrsg.): Nachhaltige Agrarpolitik als reflexive Politik. Plädoyer für einen neuen Diskurs zwischen Politik und Wissenschaft. Berlin, S. 67-93.
- FORSCHUNGSVERBUND „BLOCKIERTER WANDEL?“ (Hrsg.) (2007): Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsspielräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung. München.
- FRANZEN, N., U. HAHNE, A. HARTZ, O. KÜHNE, F. SCHAFFRANZKI, A. SPELLERBERG u. H. ZECK (2008): Herausforderung Vielfalt – Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel. ARL, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, E-Paper Nr. 4. Hannover.
- FRIEDRICH, B., D. GOTTSCHLICH, A. LINDNER, T. MÖLDERS, J. SULMOWSKI u. A. SZUMELDA (2010): PoNa-Paper 1. Normative und methodische Verortungen. Lüneburg.
- FRIEDRICH, B., D. GOTTSCHLICH, A. LINDNER, T. MÖLDERS, J. SULMOWSKI u. A. SZUMELDA (2011): PoNa – Politiken der Naturgestaltung. Nachhaltigkeitsverständnis als Grundlage für die Analyse der Politikfelder Ländliche Entwicklung und Agro-Gentechnik. In: WEINGARTEN, P., M. BANSE, H. GÖSEMANN, F. ISERMAYER, H. NIEBERG, F. OFFERMANN u. H. WENDT (Hrsg.): Möglichkeiten und Grenzen der wissenschaftlichen Politikanalyse. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus e. V., Bd. 46. Münster-Hiltrup, S. 417-419.
- GALLARDO, R., F. RAMOS, E. RAMOS u. M. D. M. DELGADO (2003): New opportunities for non-competitive agriculture. In: HUYLENBROECK, G. v. u. G. DURAND (Hrsg.): Multifunctional agriculture. A new paradigm for European agriculture and rural development. Aldershot, S. 169-188.
- GIESSEN, L., R. LUKESCH, M. BÖCHER u. S. ELBE (2008): Politikintegration für ländliche Räume? Die (Nicht-) Koordination der Förderung. In: ELBE, S. (Hrsg.): Land-Stadt Kooperation und Politikintegration für ländliche Räume. Zentrale Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Begleitforschung Regionen Aktiv 2007 bis 2008. Aachen, S. 57-120.
- GOTTSCHLICH, D. (2012): Kommende Nachhaltigkeit. Bausteine für ein kritisch-emanzipatorisches Konzept nachhaltiger Entwicklung aus feministischer, diskurstheoretischer Perspektive. Diss., Osnabrück.
- GRABSKI-KIERON, U. u. C. KRAJEWSKI (2007): Ländliche Raumentwicklung in der erweiterten EU. Chancen und Probleme. In: Geographische Rundschau, Bd. 59, H. 3, S. 12-19.
- GRANSEE, C. (1998): Grenz-Bestimmungen. Erkenntniskritische Anmerkungen zum Naturbegriff von Donna Haraway. In: KNAPP, G.-A. (Hrsg.): Kurskorrekturen. Feminismus zwischen Kritischer Theorie und Postmoderne. Frankfurt a. M./New York, S. 126-152.
- GROBER, U. (2010): Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs. München.
- HAUFF, V. (Hrsg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven.
- HENKEL, G. (2005): Dorf und Gemeinde. In: BEETZ, S., K. BRAUER u. C. NEU (Hrsg.): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. Wiesbaden, S. 41-54.
- HUNECKE, M. (2006): Eine forschungsmethodologische Heuristik zur Sozialen Ökologie. Ergebnisse Sozial-ökologischer Forschung Bd. 3. München.
- HUYLENBROECK, G. v. u. G. DURAND (Hrsg.) (2003): Multifunctional agriculture. A new paradigm for European agriculture and rural development. Aldershot.
- JAHN, T. u. P. WEHLING (1998): Gesellschaftliche Naturverhältnisse – Konturen eines theoretischen Konzepts. In: BRAND, K.-W. (Hrsg.): Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven. Opladen, S. 75-93.
- KIRSCHKE, D. u. G. WEBER (2005): Agrarpolitik. In: BEETZ, S., K. BRAUER u. C. NEU (Hrsg.): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. Wiesbaden, S. 1-7.
- MARSDEN, T. u. G. BRISTOW (2000): Progressing Integrated Rural Development: A Framework for Assessing the Integrative Potential of Sectoral Policies. In: Regional Studies Bd. 34, H. 5, S. 455-469.
- MONDELAERS, R. (2005): Förderpolitik in der EU und Deutschland. In: BEETZ, S., K. BRAUER u. C. NEU (Hrsg.): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. Wiesbaden, S. 81-89.
- MOSE, I. (2010): Integrierte ländliche Entwicklung – Vergleichende Analyse unterschiedlicher konzeptioneller Ansätze der Entwicklung ländlicher Peripherien in Europa. In: BELINA, B. u. J. MIGGELBRINK (Hrsg.): Hier so, dort anders. Raumbezogene Vergleiche in der Wissenschaft und anderswo. Münster, S. 153-171.
- MOSE, I. u. G. NISCHWITZ (2009): Anforderungen an eine regionale Entwicklungspolitik für strukturschwache ländliche Räume. ARL, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, E-Paper Nr. 7. Hannover.
- NÖLTING, B. (2006): Die Politik der Europäischen Union für den ländlichen Raum. Die ELER-Verordnung, nachhaltige ländliche Entwicklung und die ökologische Land- und Ernährungswirtschaft. Technische Universität Berlin, Zentrum für Technik und Gesellschaft, Discussion paper Nr. 23/06.
- NUSSBAUM, M. C. (2003): Frauen und Arbeit – Der Fähigkeitenansatz. In: zfwu/

- Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik, Bd. 4, H. 1, S. 8-31.
- NUSSBAUM, M. C. (2006): *Frontiers of justice. Disability, nationality, species membership.* Cambridge, Massachusetts/London.
- OECD, ORGANISATION FOR ECONOMIC COOPERATION AND DEVELOPMENT (2001): *Multifunktionalität. Auf dem Weg zu einem analytischen Rahmen.* Paris.
- OECD, ORGANISATION FOR ECONOMIC COOPERATION AND DEVELOPMENT (2006): *Das neue Paradigma für den ländlichen Raum: Politik und Governance.* Paris.
- OECD, ORGANISATION FOR ECONOMIC COOPERATION AND DEVELOPMENT (2007): *OECD-Prüfbericht zur Politik für ländliche Räume: Deutschland.* Paris.
- RAY, C. (2000): *The EU LEADER Programme: Rural Development Laboratory.* In: *Sociologica Ruralis*, Bd. 40, H. 2, S. 163-171.
- ROG, Bundesraumordnungsgesetz vom 22.12.2008 (BGBl. I, S. 2986), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31.07.2009 (BGBl. I, S. 2585).
- SCHÄFER, M., L. ILLGE u. B. NÖLTING (2007): *Zukunftsfähiger Wohlstand – ein Analyserahmen für die Nachhaltigkeitsforschung.* In: SCHÄFER, M. (Hrsg.): *Zukunftsfähiger Wohlstand. Der Beitrag der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft zu Lebensqualität und nachhaltiger Entwicklung.* Marburg, S. 23-37.
- SCHERHORN, G. (2002): *Die Logik der Suffizienz.* In: LINZ, M., P. BARTELMUS, P. HENNICKE, R. JUNGKEIT, W. SACHS, G. SCHERHORN, G. WILKE u. U. v. WINTERFELD: *Von Nichts zu viel. Suffizienz gehört zur Zukunftsfähigkeit.* Wuppertal Papers Nr. 125, S. 15-26.
- SHUCKSMITH, M. (1999): *Rural and regional policy implementation: Issues arising from the Scottish experience.* Arkleton Research Center, unpublished. Aberdeen.
- SHUCKSMITH, M. (2010): *Disintegrated Rural Development? Neo-endogenous Rural Development, Planning and Place-Shaping in Diffused Power Contexts.* In: *Sociologia Ruralis*, Bd. 50, H. 1, S. 1-14.
- SINZ, M. (2005): *Raumordnung/ Raumordnungspolitik.* In: RITTER, E.-H. (Leiter Redaktionsausschuss): *Handwörterbuch der Raumordnung.* 4. Aufl., Hannover, S. 863-872.
- SPEHL, H. (2005): *Nachhaltige Raumentwicklung.* In: RITTER, E.-H. (Leiter Redaktionsausschuss): *Handwörterbuch der Raumordnung.* 4. Aufl., Hannover, S. 679-685.
- UNITED NATIONS (2007): *Indicators of Sustainable Development: Guidelines and Methodologies.* 3rd Edition. New York.
- VERORDNUNG (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und zur Änderung bzw. Aufhebung bestimmter Verordnungen.
- VERORDNUNG (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20.09.2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER-Verordnung).
- WEINGART, P. (2009): *Ländliche Räume und Politik zu deren Entwicklung.* In: FRIEDEL, R. u. E. A. SPINDLER (Hrsg.): *Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. Chancenverbesserung durch Innovation und Traditionspflege.* Wiesbaden, S. 93-96.
- WEISS, U. (1998): *Emanzipation.* In: HAUG, W. F. (Hrsg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus.* Band 3. Ebene bis Extremismus. 2. Aufl. Hamburg u.a., S. 272-289.
- WÜSTEMANN, H. (2007): *Multifunktionalität der Landwirtschaft und Non Commodity Outputs. Theoretische Betrachtung und empirische Analyse.* Aachen.

Dr. TANJA MÖLDERS
 ANNEMARIE BURANDT
 ANNA SZUMELDA
 Leuphana Universität Lüneburg
 Projekt PoNa – Politiken der Naturgestaltung
 Scharnhorststraße 1
 21335 Lüneburg
 tanja.moelders@uni.leuphana.de
 www.pona.eu